



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

137 (23.3.1926) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-228674](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-228674)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung mit Post oder durch die Post monatlich R. M. 2.50 ohne Steuer. Bei event. Kenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachänderung vorbehalten. Postbestellungsnummer 24. Kreisblatt Nr. 2. Hauptvertriebsstelle: E. A. Z., Verlags-Vertriebsbüro, Waldhofstraße 6, Schwanenstraße 24, Kreisblatt Nr. 2. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheinungsmöglichkeit: 10.000. Fernsprech-Nummern: R. Z. 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro empfangener Zeile für 14 Tage. Einzelne Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinem Erstattungsanspruch für ausgelassene oder verspätete Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Beiträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. — Verlagsort: Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Die außenpolitische Debatte im Reichstag

Eine bemerkenswerte Abänderung der Billigungsformel der Regierungsparteien

Kritischer Ueberblick

□ Berlin, 23. März. (Von unserem Berliner Büro.) Man ist in die große Aussprache über Genf hineingegangen mit der Sicherheit, daß die Regierungspolitik gebilligt werden wird. Die Deutschnationalen haben gestern dem Kabinett nahegelegt, ein positives Vertrauensvotum zu fordern. Diese Absicht hat in der Tat ursprünglich bestanden. Sie ist fallen gelassen worden, nachdem man sich davon überzeugen mußte, daß die Sozialdemokratie ihre Stimme für ein derart unbedingtes Votum kaum heischen würde. Dem Billigungsantrag der Regierungsparteien in seiner augenblicklich vorliegenden Formulierung könne sie sich aber gar nicht entschließen, wenn sie nicht ihre bisherigen Grundsätze verleugnen wolle, auch trotz des Steuerkompromisses, in dem sie eine Konzeption an die Rechte erblinden. Unter solchen Umständen liegt für die Regierung keinerlei Anlaß vor, sich auf ein unangekündigtes Vertrauensvotum zu verstehen. Man möchte sich verschämen, die Gegenfrage aufzuwerfen, nämlich: Weshalb denn die Deutschnationalen keinen Mißtrauensantrag eingebracht haben. Warum hat Graf Westarp, als ob man diese übrigens unrichtige Frage noch im Hintergrunde gestellt hätte, aber bis zur Stunde nicht öffentlich der Antrag auf Zurückziehung des deutschen Aufnahmevertrages vor?

In der Aussprache selbst wurden noch einmal alle Beweisgründe für und wider den Locarno-Kurs vorgebracht. Die Abwehr ging diesmal dem Angriff voran. Dr. Stresemann warnte nicht den Ausschlag seiner Meinung ab, sondern rechtlich mit dem ihm eigenen Wohlstand und einer Ueberredungsart, die selten ihren Eindruck verleiht. Die Tätigkeit der deutschen Unterhändler. Sein Ergo vor allem das gereichte ihm zum Vorzug — in erster Linie auf die außenpolitische Wirkung abgestellt. Er bemühte sich, an dem Ablauf der einzelnen Phasen darzutun, daß die deutsche Delegation „bis zur äußersten Starke“ ihr Prinzip gewahrt und jede Veränderung in der Konstitution des Rates verworfen habe, daß sie aber dem letzten Willigen Verzicht Schwedens und der Schwedens auf deren nicht freiwilligen Verzicht Schwedens und der Schwedens auf deren nicht freiwilligen Verzicht Schwedens nicht hätte widersehen können. Ob freilich der Verzicht Schwedens nicht doch von vornherein in Rechnung zu stellen war, ob man im Hotel Metropole etwas weniger Juristerei und etwas mehr Politik hätte treiben sollen, mag dahingestellt bleiben. Für Schweden, das sich uns von selbst als Sekundant anbot, in dieser Rolle aber versagt hat, fand Dr. Stresemann eine vortreffliche Geste. Man wird solche Rücksicht einem Lande gegenüber, das uns fast als einziges während des Krieges freundschaftliche Gesinnung wahrte, zu wünschigen wissen. Aber auch für Brasilien, das im Gegensatz zu Spanien uns sein Wort brach für die Herren Kamerun und Briand, die einen eskalanten Verstoß gegen das „play by play“ begingen, als sie hinter unsern Rücken Verhandlungen mit Polen trafen, hielt Dr. Stresemann milde und verschönernde Worte bereit. Taktik sagt man sich, die wenn auch das Gefühl nicht, aus Zweckmäßigkeitsgründen als berechtigt anerkannt werden muß. Aber es hätte der Gegenseite vielleicht in stärkerem Maße zu Gemüte geführt werden können, daß jede Verneinung an dem „Genf von Locarno“ denen Material in die Hand lieft, die den Verhandlungsgedanken bekämpfen. Deswegen war die Rede des Grafen Westarp ein deutlicher Beweis, der aus dem Festhalten der Genfer Legung die Bestätigung für die Wichtigkeit des deutschen Standpunktes herleitete. Selbst Dr. Cuijers, der einst in den Deutschnationalen Lager sich einiger Beliebtheit erfreuen durfte, ward von ihnen in aller Form preisgegeben. Dem Reichstanzler wie dem Außenminister legte Graf Westarp nahe, zurückzutreten.

Die Kritik des Zentrumsabgeordneten Kaas trug in manchen Teilen gleichfalls fast oppositionellen Charakter. In der Schlussrede freilich rednete Herr Kaas dann die Nachteile und Vorzüge an und gab sodann auch noch ein Verzeichnis für die Regierungspolitik. Bezeichnend ist, daß die Vertreter aller Regierungsparteien die Illiquidität unserer Gegenpolitik, namentlich in der Behandlung der polnischen Frage als nachteiligste verurteilten. Auch der Demokrat Graf Bernstorff, der sich seine ideologische Einstellung zum Völkerbundesgedanken auch durch den Genfer Mißerfolg nicht trüben lassen will, und der sich für eine positive Mitwirkung Deutschlands an der Reform des Völkerbundes verwannte, konnte die harten Vorwürfe des Reichstanzlers nicht unterdrücken.

Der Volksparteiler v. Rheinbaben, der unter Stresemanns letzter Kanzlerschaft dessen Staatssekretär war, verlangte ausdrücklich die Regierung gegen eine Wiederholung ähnlicher Vorgänge. Die Deutschnationalen zur Fortführung der bisherigen Außenpolitik schloß sich nicht nur Graf Bernstorff von der Bayerischen Volkspartei, sondern auch Herr Bredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung an. Für die Sozialdemokraten wird heute Herr Breitscheldt sprechen, dessen Rede man bei dem augenblicklich sehr gespannten Verhältnis zum Kabinett mit großem Interesse entgegensteht. Wenn es sich um die Steuerreform geht, im Zusammenhang mit den Vorgängen auch vielleicht zu weit geht, im Zusammenhang mit den Vorgängen im Steuerreformgesetz bereits eine Kabinettskrise an die Wand zu malen, so regt sich doch innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion harter Widerspruch gegen die von früheren Minderheitsregierungen her bekannte Methode, Innenpolitik mit der Außen- und Außenpolitik mit der Innen zu machen.

Die Reden der Parteivertreter

Abg. Graf Westarp (Dn.)

fragt, wie man den Verzicht des Abg. Breitscheldt-Soz. auffassen solle. Vielleicht meine er, daß sich auf die Antwort des Außenministers eine Antwort nicht verlohne oder sei etwa die Rede des Ministers so im sozialdemokratischen Fahrwasser gewesen, daß kein Anlaß für parteipolitische Angriffe zu eröffnen? (Lachen links.) Der Redner nimmt dann Bezug auf die Befreiungsfeier in Köln und dankt den rheinischen Brüdern für die Tapferkeit, mit der sie die Fremdherrschaft erduldet haben. Die Räumung Kölns war ein klarer Rechtsanspruch, den man uns über Jahr und Tag trotz Locarno und Völkerbund rechtswidrig vorenthalten hat. Deshalb können wir diese Räumung nicht auf das Konto Locarno buchen. Wir haben trotz dieser Feiertage die Pflicht, erste Worte zu der Katastrophe von Genf zu sagen. Wir lehnen mit Schärfe den Optimismus ab, der den Versuch macht, was in Genf geschehen ist, zu beschönigen. (Zustimmung rechts.) Uns fehlt für die Auffassung des Außenministers jedes Verständnis. Mit Empörung erfüllt uns, was Deutschland in Genf zugelassen worden ist. Als eine Demütigung empfinden wir es, daß die deutschen Unterhändler 10 Tage lang in Genf waren und dann unerschütterlicher Sache wieder abziehen mußten. (Zustimmung rechts.) Der Völkerbund ist ein Instrument feindseliger Niederhaltung des deutschen Reichs und der deutschen Nation. (Beifall rechts.) Das Ergebnis der Genfer Verhandlungen ist die Folge der ureigensten Politik Dr. Stresemanns und Dr. Cuijers. Jeden Versuch, das Schicksal und die Verantwortung dieser beiden deutschen Vertreter zu trennen, lehnen wir ab. Gemeinsam war die Arbeit der beiden Herren, gemeinsam ist der Erfolg oder der Mißerfolg, gemeinsam die Kritik und die Verantwortung. Wir sehen in Genf einen vollen Zusammenbruch, einen Deutschland schwer schädigenden Mißerfolg der Völkerbundsrepublik Locarno-Stresemann. (Beifall rechts.) Wir mißbilligen das Verhalten der beiden deutschen Delegierten, die das deutsche Völkerrecht in der Welt geschädigt haben. Der letzte Grund für die Genfer Katastrophe wurde in Locarno gelegt. Damals wurde bereits hinter dem Rücken der Deutschen Polen eine Falschheit gemacht. In der Locarno-Begeisterung haben die deutschen Vertreter davon nichts gemerkt. Die warnenden Stimmen der Deutschnationalen wurden nicht gehört. Treulos und feindselig haben die anderen Mächte an Deutschland gehandelt. Trotz der Erklärung der Locarnomächte in Genf hat Deutschland vollkommenes Handlungsfreiheit. Der Reichstanzler und der Reichsaußenminister seien bei ihrem Mißerfolg nicht mehr die geeigneten Unterhändler für die kommenden Verhandlungen des Commers. (Zustimmung.) In der Katastrophe von Genf sieht man nur feindselige der Locarno- und Völkerbundsrepublik, nur Enttäuschungen und Demütigungen Deutschlands. Staatsmänner, die einen solchen Zusammenbruch ihrer persönlichen Politik erlebt haben, sind für deren Fortführung nicht mehr geeignet. (Zustimmung rechts.) Sie haben auch nicht mehr die nötige Handlungsfreiheit. Ihr eigenes Gewissen sollte ihnen das zeigen. Der von Cuijers und Stresemann empfohlene Weg in den Völkerbund hat sich erneut als falsch erwiesen. Notwendig ist daher die Zurückziehung des deutschen Eintrittsgesuches. (Beifall rechts.)

Abg. Kaas (Ztr.)

abst zu, daß der Völkerbundsgedanke in Genf einen Rückschlag erlitten hat. Durch die Wahrheit, die Graf Westarp am Grade der Genfer Konferenz hielt, kam ein Umsturz der Verständigung. Aber die nationalsozialistische Kampfbewegung verfolgt, was vor solcher Verständigung vom deutschen Standpunkt aus dringend war. Wir wachen und sagen, daß man den Genfer Mißerfolg vorsehen und unterdeutet in ein Mißtrauen des Völkerbundes. Die deutsche Politik hat sich in Locarno und nach Locarno immer befehl gezeigt vom wahren christlichen Geist europäischer Verständigung. Die Grundursache des Genfer Mißerfolges ist, daß man in Locarno bereits hinter Deutschlands Rücken mit Polen heimlich Händedrucke ausgetauscht und ihm einen Sitz im Völkerbunde zugesagt. Diese fragwürdigen Ausfertigungen stehen im peinlichen Gegensatz zu den Versicherungen, mit denen man sich seinerzeit auf den Geist von Locarno festgelegt hat. Die Vermutung, daß die katholische Konfessionalität Polens, Spaniens und Brasiliens gegenwärtig wisse Mächte zu ihrer Unterhütung gegen Deutschland veranlaßt hätte, gehört ins Reich der Phantasie. Ebenso falsch ist die Meinung, daß hinter dem Versäumnis der Schattens Russlands gestanden habe. Wir haben alles Interesse daran, daß zwischen Deutschland und Italien nicht neue Mißverständnisse treten. Die Kritik im einzelnen ändert nichts daran, daß die Haltung der deutschen Delegation in Genf den deutschen Interessen und der deutschen Würde dienlich war.

Im besetzten Gebiet ist eine tatsächliche Wirkung des Locarnogegrites noch wenig zu spüren. Unter keinen Umständen dürfen wir über die in Locarno vereinbarten Grenzen hinaus im Westen unsere Souveränitätsrechte weiter beschränken lassen. Unserem Interesse ist besser gebient, wenn Deutschland nicht untätig wartet, sondern tätig an der Lösung der Krise im Völkerbund mitwirkt. Nach dem vorliegenden ersten muß der zweite Gang nach Genf durch Garantien gedeckt sein, die in bindender Form derartige Mißverständnisse ausschließen, wie sie sich in Genf zeigten. Auf dem Wege zur Befreiung Kölns stehen die Namen von Wittich, Reibensau und Marx und Stresemann. Lügen die Gebrüder von Rathenau und Grabberger, die gemordet wurden, weil sie der Politik dienten, bis auf ihre Schilde die Schuld statt der nationalen Ehre geschrieben haben? An dieser Befreiungspolitik wollen wir festhalten, um eine bessere Zukunft zu schaffen. (Beifall rechts im Zentrum.)

Freiherr v. Rheinbaben (Deutsche Vp.)

Wir werden der Billigungsformel zustimmen. Wir sind der Ansicht, daß das Kommuniqué in Genf, an dem sich Deutschland mit den übrigen Mächten von Locarno beteiligt hat, in diesem Moment ein richtiger Schritt war. Die Note vom 16. Juli 1925 hat Deutschland in manasäulita in die Lechia Entwidlung hineingebracht. Wenn man die Verträge von Locarno anstatt als ein Stück des Komplexes von Deutschlands Befreiung, dann kann man sie nicht aufs Spiel setzen, sondern muß diese Politik weiterbetreiben. Sehr wahrheitsgemäß waren in Genf die vorhandenen Schwierigkeiten nicht zu überbrücken, weil politische Illiquidität unserer Gegner vorhanden war, gegen die wir nicht anankampfen vermochten. Nach den Genfer Erfahrungen wird man ein gesundes Mißtrauen in verstärktem Maße

aufbringen gegenüber allen Erklärungen und Befundungen der anderen, und zwar so lange, bis der Beweis erbracht ist, daß die Genese ihre Illiquidität endlich aufgibt. Wir haben den dringenden Wunsch, daß die einzelstaatlichen Parlamente sich in der Befreiung von Fesseln der auswärtigen Politik die größte Zurückhaltung auferlegen, denn es ist nicht anzunehmen, daß dort ohne vernünftige Unterlagen und Kenntnis der Zusammenhänge die Sachlage richtig beurteilt werden kann. Es können höchstens Fensterhiebe einzuwerfen werden, die wir nachher beachten müssen. Wir müssen die Außenpolitik endlich aus unsern parteipolitischen Kämpfen herausdringen. Da müßte sich doch ein hervorragender Führer einer großen Partei Zurückhaltung auferlegen und versuchen, die richtigen Unterlagen zu beschaffen.

Ich glaube, daß die Karten in Genf schon so gemischt waren, daß für Deutschland nichts mehr herauskommen konnte, und andererseits, daß die deutsche Delegation alles getan hat, was im Interesse Deutschlands möglich war. Ich habe den Minister des Auswärtigen wohl richtig dahin verstanden, daß eine offizielle Auktion in manasäulita in die Lechia Entwidlung hineingebracht. Wenn man die Verträge von Locarno anstatt als ein Stück des Komplexes von Deutschlands Befreiung, dann kann man sie nicht aufs Spiel setzen, sondern muß diese Politik weiterbetreiben. Sehr wahrheitsgemäß waren in Genf die vorhandenen Schwierigkeiten nicht zu überbrücken, weil politische Illiquidität unserer Gegner vorhanden war, gegen die wir nicht anankampfen vermochten. Nach den Genfer Erfahrungen wird man ein gesundes Mißtrauen in verstärktem Maße

Der Völkerbund ist letzten Endes nichts anderes als eine Methode, mit der die Völker heute verhandeln, um den Vorteil ihres Landes wahrzunehmen. Die Methode ist immer noch nichts anderes als die Folge der Kriegspropaganda gegen Deutschland, als ein Ergebnis der größten Lüge von der Welt, daß Deutschland von den Völkern der Welt als Feind betrachtet wird. Wir müssen den Kampf aufnehmen auch gegen alle Mächte unserer Gegner. Auf allen Gebieten, auf denen wir mit Polen verhandelt haben, hat Polen immer den Rechtsboden verlassen. Deshalb wird nachher die Augenwelt kommen müssen, daß die deutsche Regierung sich ernstlich überlegt, ob es noch Sinn und Zweck hat, die militärischen Verhandlungen mit Polen weiterzuführen. Polen ist das Gegenteil vom „Hort des Feindes“, es den der politische Mißerfolg es überall in der Welt hinführt. Die Polen sind nicht wieder auf den Rechtsboden gestellt, es hat nicht die nötigen Kräfte dazu vorhanden sind, ist ein Zusammenarbeiten mit Polen im Völkerbund nur sehr schwer vorstellbar. Im ganzen werden wir wohl alle das feste Empfinden da für bekommen, daß überall nachpolitische Interessen verfolgt und nachpolitische Kräfte gesponnen werden. Es ist der Wunsch, weiter Kreise unseres Volkes, den schönen Worten fremder Staatsmänner gegenüber möglichste Zurückhaltung zu üben. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß im Grundhof die Bildung der

Einheitsfront in der Außenpolitik

eingeleitet werden kann. Wir befehlen reiflich den nachsichtigen Willen, aber wenn man ihn so aufstößt, daß wir immer nur abwarten und protestieren sollen, so kann das wohl dieses oder jenes verhindern, aber niemals ausbauen und zu günstigeren Verhältnissen führen. Meine Fremde wollen grundsätzlich eine Politik des Friedens und der Verständigung mit unsern Gegnern, aber wir würden einen Frieden in Ehren und eine wirkliche Verständigung auf der Basis der Gleichberechtigung. Wir werden diese Politik weiterführen und weitertragen gegen Lüge und Verleumdung, gegen Neid und Mißgunst gegenüber dem sich langsam konstant entwickelnden Staat. Aber wir wollen davon arbeiten, daß wir dem höchsten Ziel näherkommen: Deutschlands Freiheit und Einheit. (Beifall rechts bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Graf Bernstorff (Demokr.)

führt u. a. aus: Für eine Aenderung des Fachaussenministers möchte ich ihm besonders danken, als er nämlich von der konstitutionellen Außenpolitik von 1919 bis heute sprach. (Sehr rühmend bei den Deutschnationalen.) Wir sind ihm dankbar dafür, daß er ausreicht, daß er diese große Linie unserer Außenpolitik weiter verfolgen will. Damit räumt er einen der Streitpunkte, die von früher her zwischen ihm und uns noch bestanden. Wir sollten uns über die Verantwortung nicht streiten, sondern uns über die Zukunft einig sein. Von der Rechten haben wir eine so milde Rede gehört, daß wir eigentlich nicht recht wußten, ob es eine Oppositionsrede war. Ebenfalls aus der Rede nicht hervor, wie man es besser machen kann. Ich hätte Genf nicht für eine Niederlage Deutschlands. Unsere Delegation hätten nicht anders handeln können. In Wirklichkeit hat der Völkerbund die Niederlage erlitten. Es ist eine schwere Krise des Völkerbundes eingetreten und gerade wir befinden das, weil wir von jeder für den Eintritt Deutschlands waren und des

Wörterbund reformieren wollen. Entweder der Wörterbund wird reformiert oder er geht auseinander. Der Wörterbund war bis jetzt nur ein Bund der Stimmlosen. Die vollständige Umänderung des Wörterbundes ist für uns ein Hauptgrund für den Eintritt. Auf diesem Wege ist schon viel erreicht worden. In der Wörterbundsreform müssen wir mitarbeiten und wir treten dafür ein, daß sich Deutschland an der Studienkommission beteilige. Der Wörterbund muß aus der Krise errettet werden. Er muß eine Institution geschaffen werden, die wirklich nur dem Frieden dient. Die Brückenbauarbeiten sind wichtig. Da wir abgerückt haben, müssen wir doch auch unbedingt wünschen, daß die anderen abzurücken. Die Amerikaner, die der amerikanische Botschafter Houston gemacht hat, sind vielfach falsch aufgefaßt worden. Er wollte gerade zeigen, wie groß die Gefahren für Europa sind, wenn nicht bald etwas geschieht. Er wollte den Rassen Europas stärken gegen den französischen Imperialismus. Die Vereinigten Staaten haben entschieden nur den einen Wunsch, daß Europa zum Frieden und zur Erlaubnis kommen soll.

Wir möchten einmal die höhere Moral sehen

von der man und im Kriegs immer gesprochen hat und die wir jetzt bei den anderen vergeblich suchen. Der Minister hat mit Recht betont, daß es zwei Standpunkte gibt, von denen man den Wörterbund ansehen kann; Idealismus und praktische Politik. Beide müssen möglichst vereinigt werden, um Europa wiederherstellen zu können. Als falsch hat sich auch die Auffassung der Rechte erwiesen, wenn sie immer glaubte, wie könnten alle Streitigkeiten erwidern, da man auf der Gegenseite so großen Wert auf unseren Eintritt in den Wörterbund lege. Wenn nur die Vereinigung zu sprechen gehabt hätte, sehen wir heute im Wörterbundsrat. Nur der parlamentarische Reich einzelner Länder hat das verhindert. Das hat uns sechs Monate in der Entwicklung zurückgebracht. Das kommt nicht auf unser Konto, sondern auf das Konto der Wörterbundsleitung in Genf. Die Freunde des Wörterbundes haben niemals den unbedingten Eintritt Deutschlands ausgesprochen wollen, sondern haben gewisse Bedingungen vorausgesetzt. Wir betrachten uns als Wächter der Wörterbundsgebühren in der Welt. Die Haltung des Wörterbundes macht das Eintreten für ihn aber außerordentlich schwer. Nur wenn man sich in Genf auf eine ganz andere Basis stellt, können wir erfolgreich dafür eintreten.

Abg. Stöcker (Komm.) kritisiert scharf das Verhalten der deutschen Delegation in Genf und warnt vor einem Eintritt in den Wörterbund. Abg. Dr. Stredl (Wirtsch. Vereinigung) spricht sich grundsätzlich für den Gedanken der Befriedung Europas auf dem Wege internationaler Verständigung aus. Der Zeitpunkt für den Eintritt Deutschlands in den Wörterbund sei für Deutschland aber noch nicht gekommen. Der Redner erhebt Bedenken gegen die Beteiligung Deutschlands an einer Studienkommission zur Reform der Wörterbundsgebühren.

Abg. Graf Lerchenfeld (Wahr. Sp.) nennt Genf einen Rückfall in die Methoden der alten Politik. Es war eine scharfe Erklärung des Wörterbundes. Die Welt-Volkspartei stimmt der Willkommensformel zu, weil sie die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik wünscht. Die Vereinigten Staaten von Europa lehnt der Redner ab. Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung.

Ergänzung der Billigung-formel

Die von uns bereits gemeldete Billigungsformel der Regierungsparteien für das Kabinett Kautler in der Genfer Frage hat in letzter Stunde noch eine Ergänzung erfahren. An der Stelle, an der von der Notwendigkeit des Inkrafttretens der Vereinbarungen die Rede ist, die hinsichtlich der Locarno-Politik in Genf getroffen worden sind, ist jetzt eine besondere Einzelhaltung vorgenommen worden, die dahin geht, daß diese Vereinbarungen noch vor dem Eintritt Deutschlands in den Wörterbund wirksam werden müssen.

Berliner Pressstimmen

Berlin, 23. März. (Von unserem Berliner Büro.) Die Kritik der Berliner Presse an der gestrigen Rede des Außenministers trägt einen Zug der Unlust. Man scheint nicht stark zu sein in Mut und Tadel, aber man ist auch nicht überschönwänglich im Lob, ausgenommen natürlich die „Deutsche Zeitung“, die erneut Stresemanns Kopf fordert und ihre Betrachtung grollend mit der Wendung schließt: „Die Parteien, die diese Politik billigen, sind selbst keinen Schuß Pulver wert.“ Der „Volksanzeiger“ freut sich über „Westarps Abrechnung“ mit Stresemann. In der „Dag“ wird aus der Rede Stresemanns herausgeholt, daß auch der Führer der Deutschnationalen sich nicht der Erkenntnis entziehen hätte, daß der einmal eingeschlagene Kurs fortzuführen sei. Und die „Tägliche Rundschau“, der die Wahl zwischen Stresemann und Westarp nicht ganz leicht zu fallen scheint, meint: „Weniger entscheidend für die parlamentarische Bedeutung des Tages war vielleicht die sehr energische und stolze Verteidigung der Regierungspolitik durch den Außenminister, als die Schwäche, mit der Graf Westarp den Fall der Opposition zum Ausdruck brachte.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert, daß nun auch der Kauger aus seiner Reserve herausgehe und als Hauptredakteur erkläre, ob die Locarno — Genfer Komplikation mit seinem Willen zur Romädie werden solle. Durch die Berliner „Börsezeitung“ über wird Herrn Dr. Stresemann gütig beschimpft: Er hätte so sachlich unvollkommen geredet, weil die deutsche Außenpolitik „im Grunde die des sozialen Faschismus sei, eine Politik, deren ausgeprägteste Repräsentanten heute mehr als die Sozialdemokraten selbst, Kautler, Stresemann und der Staatssekretär v. Schubert sind. Dafür erklärt das „B. L.“ das während der Genfer Tagung nicht immer diese Ansicht gehabt hat: „Aus dem sachlichen Bericht Stresemanns ergibt sich unmissverständlich, daß die deutsche Delegation in Genf unabhängig und bis zur äußersten Strenge an den Grundgeden festgehalten hat, mit denen sie nach Genf ging.“

Das erste Echo aus Frankreich

Paris, 23. März. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die Reichstagsaussagen Stresemanns werden in den höchsten Morgenblättern noch nicht kommentiert. Bloß der linksrepublikanische „Devoir“ enthält einige Bemerkungen, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß der deutsche Reichsaussenminister in Großen und Ganzen die Erklärung abgegeben hat, die mit der französischen Auffassung in Einklang steht. Das „Devoir“ meint jedoch, daß Deutschland durch den Eintritt in den Wörterbund fast ebensoviel Nutzen habe, wie der Wörterbund selbst durch die Aufnahme Deutschlands.

Der Eindruck in London

London, 23. März. (Von uns, Londoner Vertreter.) Stresemanns Rede im Reichstag wird von allen Blättern ausführlich wiedergegeben und als ein Meistwerk parlamentarischer und diplomatischer Forderer bezeichnet. Sie erregt in dieser Beziehung höchstes Interesse und hat das Vertrauen aller politischen Kreise in den gegenwärtigen Leiter der deutschen Außenpolitik ungemein befestigt und einen bedeutsamen Optimismus über die Zukunft der Reichspolitik nach dem Genfer Eintritte hervorgerufen.

Genfer Bilanz

Von Staatssekretär z. D. Frhr. v. Rheinbaben, R. d. R.*

Die sehr namentlich mit Recht und hoffentlich im Sinne vortäuschender Kritik die jüngste Vergangenheit von Genf erörtert werden mag, so drängen sich ganz von selbst wichtige Zukunftfragen auf und fordern consequente und in bestimmter Richtung durchzuführende Entscheidungen. Ein heut schon in der Öffentlichkeit voreilig geäußelter Wunsch betrifft die Fortsetzung nach Zurückziehung des deutschen Eintrittsgesuches. Ihr kann und darf nicht entsprochen werden. Warum nicht? Auch wenn es richtig bliebe, daß der deutsche Eintritt in den Wörterbund bis vor kurzer Zeit nur von einer Minderheit bei uns selbst und vorwiegend von den anderen Vertragsgegnern gewünscht wurde, so bleibt andererseits das deutsche Gesamtinteresse daran bestehen, sich von den künftigen Entscheidungen europäischer Politik nicht ausschließen zu lassen. Auf der rechten Seite begehen die Hauptträger im Streit in ihrer hemmungslosen Kritik der Regierungspolitik den großen Fehler, daß sie völlig vergessen, daß auch die deutsche nationale Volkspartei am 20. Juli 1922 sich bereits grundsätzlich für den Eintritt in den Wörterbund ausgesprochen hat. Wenn sie jetzt über den Wörterbund höhnen, übersehen sie, daß, wenn die Politik der anderen Mächte sich immer deutlicher in den Konferenzen und Versammlungen in Genf auswirkt, doch für die praktische Verfolgung unserer eigenen Ziele immer notwendiger eine deutsche Gegenwirkung ist. Ein zweites kommt hinzu: Die bisherige Wörterbunds politik hat die innereuropäische Gruppenbildung und Bündnispolitik in keiner Weise verhindert. Deutschland muß zunächst mit dem Fortbestehen der englisch-französischen Freundschaft rechnen. Das französisch-polnische und französisch-schweizerische Bündnis ist ferner ebenso eine Tatsache, wie gewisse wenig deutschfreundliche Wagnismationen der kleinen Entente, unter französischer Billigung schließlich in das härtere Herpetreten der italienischen Großmachtpolitik eine von den meisten unserer Volksgenossen noch nicht genügend eingeschätzte sehr ernsthafte Realität. Mit anderen Worten: Mit Ausnahme gewisser Sympathien in den kleinen nordischen Staaten und vielleicht vorübergehend zurückgeblieben, auch in einigen anderen kleineren Ländern, ist Deutschland auch heute noch völlig isoliert. Das grundsätzliche Herausheben aus dem Getriebe der Wörterbundsämte würde also ganz abgesehen von schwerer Schädigungen auf wirtschaftlichem Gebiet Deutschland nicht nur nicht vorwärts bringen, sondern zur dauernden politischen Ohnmacht und zur Bündnislosigkeit verurteilen.

So führen alle einseitigen sachlichen Überlegungen dazu, die Bereitschaft zum Eintritt in den Wörterbund trotz des letzten Mißerfolges aufrecht zu erhalten. Freilich — wir haben in Genf etwas davon gelernt. Die nächste Kritik, ob im Herbst oder zu irgend einem anderen und früheren Zeitpunkt, darf nur dann angesetzt werden, wenn Deutschland vorher mit allen nur möglichen Garantien sich auf diplomatischem und Verhandlungsmasse die Gewährlichkeit darüber verschafft hat, daß einer Wiederholung des beschämenden Antriebsversuches und Auswechslens ausgeschlossen bleibt. Dies alles sind außerordentlich näherne und realpolitische Dinge. Sie vertragen sich in keiner Weise mit dem vom Ausland kommenden Beschwall über Frieden, hohe Ideale und Weltverständnis, die wir bisher bis zum Überdruß über uns erlassen lassen mußten. Und sie vertragen sich ebenfalls auch nur schwer mit gewissen überweltlichen Bindungen und Verurteilungen, die unsere eigenen Staatsmänner in bester Absicht aber in wohl unglücklicher Fäulung in der letzten Zeit von sich gaben. Denn steht es noch in keiner Weise fest, ob in absehbarer Zeit und etwa schon im nächsten September sich der Eintritt Deutschlands in den Wörterbund wirklich vollziehen kann. Brautillien, das bis zum 31. Dezember 1922 als Monatsrat weiter lunardi, hat ausdrücklich auch für die nächste Zukunft seine Entscheidung als „unüberprüfbar“ und „endgültig“ bezeichnet. Die politische Kandidatur wird von Frankreich mit vollem Nachdruck anrecht erhalten. Jede Information in Wörterbundsreisen lautet dahin, daß mit allergrößter Wahrscheinlichkeit bei der im September stattfindenden Neuwahl der nichtständigen Mitglieder für das Jahr 1927 Polen einen solchen nicht ständigen Sitz erhalten wird. Schon hierzu erhebt sich Genühe hervor, welchen schwereren Bedenken auch die in seiner Kritik etwa zu wiederholende Kandidatur Deutschlands als ständiges Mitglied bezeichnet würde. Noch deutlicher ausgedrückt: Ich halte dafür, daß unser Deutschland an der letzten einseitigen Kommission des Wörterbundes noch Verbesserung seiner inneren Organisation vornehmen soll, daß andererseits aber die allergrößte Reserve und Zurückhaltung am Werke ist.

Die weitere deutsche Außenpolitik darf unter keinen Umständen in erster Linie auf den deutschen Eintritt in den Wörterbund aufgebaut sein, sondern muß vielmehr unter Zurückstellung von für den Augenblick weniger wichtigen Problemen eine erträgliche Dauerregelung an den Ost- und Westgrenzen zu erarbeiten suchen. Für den Westen ergibt sich demgemäß die schon vorher aufgestellte Forderung nach Fortsetzung der Locarno-Politik mit dem Ziele, sie einmal zum Wörterbundeintritt unabhängig zu machen und zweitens, ihre Auswirkung in einer möglichst baldigen völligen Befreiung der besetzten Westgebiete einschließlich des Saargebietes anzustreben. Für den Osten liegen die Dinge noch schwieriger, weil wir hier noch nicht einmal im Anfang eines ernsthaften Versuches zu einem deutsch-polnischen Ausgleich stehen. In keiner einzigen Frage, die zwischen Deutschland und Polen schwebt, ist Polen auf der Grundlage des Rechts geblieben. Die brutale Vernehmungspolitik gegen alles Deutsche wird fortgesetzt, sogar unter empfindlicher Schädigung eigener wirtschaftlicher und finanzieller Interessen. Ich bin deshalb der Meinung, daß diese Lage für Deutschland gerade hinsichtlich der von Frankreich gemachten politischen künftigen Zukunftsbestrebungen im Wörterbundsrat so unerschütterlich geworden ist, daß das Aufstellen der deutsch-polnischen Frage die nächste und wichtigste Frage deutscher Außenpolitik überhaupt an der Reihe ist. Eine etwaige künftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen im Wörterbund erscheint nur dann denkbar und möglich, wenn wenigstens in den Grundgeden sich hier positive Anlässe einer Wendung zum Besseren nachweisen lassen. So zeichnet sich auf den beiden wichtigsten Gebieten die nächste Linie deutscher Außenpolitik deutlich ab und man erkennt ohne weiteres, daß mit dem vorliegenden Beschrei vom „Wörterbunde“ nicht nur nichts gebessert wird, sondern daß die deutsche Politik gerade von den Grundgeden der Locarno-Verträge aus besonnener, feste und zielstrebige Weiterführung gebraucht!

Von Italiens Sonderpolitik war schon vorher die Rede. Sie ist im hohen Maße seit einigen Monaten gegen Deutschland gerichtet und bedeutet neuerdings im ganzen genommen nicht mehr und nicht weniger als eine richtige und ernste Bedrohung des europäischen Friedens. Entsprechend früheren Gewohnheiten richtet sich aus diesem wieder Italiens Blick gegen die jeweilige Schwächlinge. Und das ist heute Oesterreich, dahinter das waffenlose Deutschland. Der Eigenart des heutigen obersten Führers des Faschismus entsprechend sind weitere Übergründungen und gemässigte Handlungen in keiner Weise ausgeschlossen. Es wird großer Besonnenheit und Klugheit bedürfen, um auch diesen Anprall gegen das Deutschland und letzten Endes gegen einen sich selbst den deutschen Staaten aufzulegen. Italien wünscht keine Stärkung Deutschlands in einem sich bessernden Verhältnis zu Frankreich und England. Seine eigenen ehrgeizigen Großmachtspläne in Europa würden dabei nach seiner Ansicht empfindlich leiden. So hat es zweifellos den deutschen Eintritt in den Wörterbund zunächst mit kaum verhülltem Mißtrauen betrachtet und ihn dann, als sich infolge Briand'scher und Chamberlain'scher Fehler die Gelegenheit bot, mit Unterstützung gemäßigter Briand'scher Operierenden französischer Kreise labillaren lassen. Auch dieses müge jeder zur Kenntnis nehmen, der irgendwie ernsthaft die heutige Lage Deutschlands und seine nächste Zukunft im Auge faßt.

* Der Verfasser hat in der gestrigen Reichstagsagung im Verlauf der Aussprache über Genf als Sprecher der Fraktion der Deutschen Volkspartei deren Standpunkt vorgelegt.

kunft zu beurteilen unternimmt. Ich jedenfalls ziehe die Folgerung daraus, daß Ablehnung und Zerklüftung der durch die bisherige Außenpolitik mühsam geschaffenen Grundlagen eine für Deutschlands geradezu katastrophale und von offenen Feinden und heimlichen Gegnern herbeigeführte politische Enttäuschung betreiben müßte.

Dah selbstverständlich auch die von Amerika her durch den Damesplan geschaffenen finanziellen Verbindungen unterbrochen würden und wirtschaftlich und finanziell erneut dunkle Zeiten bevorzukommen müßten, falls in dem allgemeinen europäischen Wirtschaftszustand auch nach Deutschland an den Grundlagen der Locarno-Politik rütteln würde, ist eine Selbstverständlichkeit. Sie ergäbe übrigens durch die jüngsten Auslassungen des früheren Berliner Botschafters Houghton ihre volle Bestätigung.

So kann man zusammenfassend wohl folgende Genfer Bilanz ziehen: Nicht Deutschland, wohl aber der Wörterbund und seine Organisation haben sich heillos bismert. Deutschland bleibt grundsätzlich bereit, in einer seiner Größe und Würde entsprechenden Stellung im Wörterbunde mitzuwirken, falls ihm später wirklich die Voraussetzungen dafür durch die Anderen geschaffen werden. Unabhängig davon muß die deutsche Politik in möglichst nächster und großer Breite und Redensarten verbleibenden Art die europäischen und wichtigsten deutschen Ziele im Westen und Osten weiter fördern. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist die eingehaltene Senierungsarbeit und die gleichberechtigte Vertiefung Deutschlands in die Weltwirtschaft energisch fortzusetzen. Der größte Fehler wäre, die weitere außenpolitische Arbeit etwa direkt vom Eintritt in den Wörterbund abhängig zu machen, den wir noch mehr als bisher als eine im ganzen reichlich erschaubare aber außerordentlich nun einmal bestehende Methode ansehen, die einzelnen Interessen der Völker zu wahren, gegen einander abzumessen oder vorwärts zu treiben. Von einer Verwirklichung weitgehender Wörterbunds-Deute sind wir jedenfalls nach wie vor noch weit entfernt. Deshalb auch heute wieder keine allzu großen Worte und kein Lamentieren! So schwer auch die Aufgabe erscheinen mag: Es muß immer wieder aufs Neue versucht werden, die gesammelte Stoffkraft unseres Volkes in der Richtung ganz bestimmter außenpolitischer Ziele zu einem ungebrochenen Zusammenstoßen. Möglicherweise kommen wir so eher und wiederger nach Genf, als in der bisher betriebenen Art!

Hindenburg im besetzten Gebiet

Feierlicher Jubel in der Natur und in den Herzen der rheinischen Bevölkerung. Mit diesem Kennwort kann der Kreuzeinsatz bezeichnend werden. Den Reichspräsidenten von Hindenburg hat seiner Rolle in die besetzten Rheinlande allenthalben antreffen konnte. Wenn auch der Rheinlandtrupp am heutigen Montag nicht so zahlreich sein konnte wie gestern in Köln, so waren die heute von Hindenburg besetzten Städte doch ein Festlandsoberhaupt und eine bewährte Volksmasse, wie man sie nur selten zu sehen bekommt. Schon lange vor der angelegten Stunde der Ankunft des Reichspräsidenten in Rheinland hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge in den dem Bahnhof anliegenden Straßen. Vereine und Korporationen hatten vor dem Bahnhof Aufstellungen genommen. Kurz vor 11 Uhr fuhr der Sonderzug unter großem Jubel und tosendem Hurraufen der Menschen in den Bahnhof ein. Auf dem Bahnhof Hindenburg, begleitet von den Herren Krüger, Linder, den Herren Krüger, auf dem die Vertreter der Stadt und der Behörden Aufstellungen genommen hatten. Oberbürgermeister Dr. Gramer richtete herzliche Willkommensworte an den Reichspräsidenten, der hierauf erwiderte.

Der Außenminister bayerische Minuten, worauf Hindenburg mit seiner Umarmung den Aus wieder befreite. Die Ankunft in Köln am 23. März erfolgte gegen 5.40 Uhr. Nach dieser Zeit verließ sich in reichstem Festland und man erwartete auch hier wieder die gleiche ionische Bevölkerung wie in den bisher von Reichspräsidenten besetzten Orten. Kurz vor abendwärts auch hier der Aufbruch, da nur eine Beurlaubung der Vertreter der städtischen Behörden auf dem Bahnhof vorerst war, als deren Vorsitzender Oberbürgermeister Gießen sowie Konrad Dr. Bera beachte beachte frische Worte an das Reichsoberhaupt richteten.

Der Reichspräsident entwirrt mit warmen Dankesworten. Dann näherte sich die Rheinlandreise ihrem Ziele: Die Stadt Krefeld hatte es sich nicht nehmen lassen, für den Empfang des Reichspräsidenten ein besonders umfangreiches Programm anzusetzen. Kurz nach 6 Uhr fuhr der Sonderzug in die festlich geschmückte Bahnhofshalle ein. Nach einem kurzen Willkommensgruß des Oberbürgermeisters von Krefeld, Dr. Jochimsen, bog sich Hindenburg sofort zum Ausgang vor das Bahnhofsgelände, wo ein Schülchor das Lied vom Rhein feierlich zu Gehör brachte. Währenddessen bestiegen der Reichspräsident und seine Begleiter Autos und begaben sich durch die von spollerübenden Schülern und Vereinen sowie eine unübersehbare Menschenmenge geschlossenen Straßen zum Stadthof. Ein Orgelchor durchdrang den großen Saal in dem Krefelder Stadthof, als der Reichspräsident und sein Gefolge ihre Plätze einnahmen. Es folgte eine gesungene Darbietung Kreidler Männerchöre von Beckhoven „Die Himmel rühmen“, worauf Oberbürgermeister Jochimsen entzündete an den Text des Liedes „Es braut sich auf wie Donnerhall“ ein Stück deutscher Geschichte, die auf den heutigen Tag entfällt. Hierauf ergriß nach Reichsoberbürgermeister Dr. Gramer das Wort, der auf die jährliche Lebenszeit der rheinischen Bevölkerung unter fremdem Joch ging und dann weiter auf den Nahrungstempel und auf die separaten Umtriebe zu sprechen kam. Nach der feierlichen und die Separation des Reichspräsidenten. Mit dem gemeinsamen Gesang der ersten Strophen des Deutschlandliedes schloß die imposante Rundgebung.

Das neue Steuerkompromiß

Im Steuerentscheid des Reichstages gab (wie im gestrigen Abendblatt bereits erwähnt) Reichsfinanzminister Dr. Reinhold Han neuer Steuerkompromiß bekannt, das am Sonntag von den Vertretern der Regierungsparteien mit der Reichsregierung vereinbart worden ist. Dabei bemerzte er, daß durch die Beschlässe des Wägenauschusses die Einkommensteuer aufgehoben werden solle und daß nach der ganzen Lage nicht daran gedacht werden könne, diese Aufhebung zu verhindern. Darum habe die Regierung sich entschließen müssen, der Aufhebung der Einkommensteuer zuzustimmen. Damit erschien es aber als zwangsläufige Folge, daß auch die Erhebung der Einkommensteuer hinausgeschoben werden muß, mindestens bis zum Ende dieses Jahres. Daraus entstünden Mindererträge, die in Verbindung mit den Mehraufgaben für die ausgesetzten Erwerbslosen einen Ausgleich erforderlich machten. Darum mußten die Regierungsparteien einwilligen, die Senkung der Umsatzsteuer statt auf 0,6 auf 0,75 Prozent vorzunehmen. Die Regierung behauptet das außerordentlich, weil sie überzeugt ist, daß eine sehr starke Senkung der Umsatzsteuer von großer Wirkung auf die Hebung der Wirtschaft wäre. Sie meint aber, daß die Senkung von 4 Prozent den Erfolg haben wird, daß sowohl für die Konsumenten wie für die Produzenten gewisse Vorteile eintraten werden. Wir halten an dem Entschluß fest, die Umsatzsteuer vom 1. April ab vollständig aufzuheben.

Die Aufhebung dieser Maßnahme hat jetzt schon bei der Großindustrie einen sofortigen Wandel in das signifizierende Wirtschaftsgeschehen gebracht. Nach diesem Entschluß ist aber für andere wichtige Wünsche, vor allem auf Senkung der Einkommen- und Vermögenssteuer kein Raum. Wir haben nur eine leichte Degravation in der Vermögenssteuer für die allerärmsten Vermögensverhältnisse genommen. Im übrigen muß erst geprüft werden, in welchem Maße die Aktion für die angestrebten Erwerbslosen eine Bereicherung des Finanzprogramms einstellt und wie weit es notwendig möglich sein wird, später eine Senkung der Zuckereinkommen und anderer Steuern vorzunehmen. Diese Fragen müssen wohl möglichst rasch entschieden werden, weil dringende Wünsche vorliegen, daß die Steuerentwürfe nach am 1. April in Kraft treten.

Wie richten darum an den Ausschuss die dringende Bitte, seine Arbeiten so zu beschleunigen, daß der Erfolg gewiss wird. Nach längerer Debatte, in der Vertreter der Regierungsparteien die Verantwortlichkeit betont hatten, die Steuerentwürfe bis zum 1. April durchzuführen, wurde die Vertagung der weiteren Verhandlung auf Dienstag beschlossen. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten erklärten, daß sie dem neuen Programm nicht zustimmen würden.

Städtische Nachrichten

Tagung des Landesverbandes badischer Miet-einigungsämter

Der Landesverband badischer Miet-einigungsämter hielt seine diesjährige Vollversammlung am 20. März im Turmloal des Mannheimer Rathhauses ab.

Der 1. Vorsitzende des Verbands, Rechtsanwalt Koedlitz, Mannheim, begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter und Ehrenmitglieder und wies auf die Tätigkeit des Verbands seit der letzten Tagung hin.

Das erste Referat erstattete Koedlitz, Mannheim über die beschleunigten Forderungen zum Reichsmietengesetz.

Auch der zweite Referent, Reutum-Karlsruhe, referierte über die verschiedenen Vorschläge zu einer Änderung des § 19 des badischen Ausführungsgesetzes zum Reichsmietengesetz.

Praktische Vorschläge zu einer Änderung des § 19 des badischen Ausführungsgesetzes zum Reichsmietengesetz und des § 25 Mieterschutzes wurden von Koedlitz in einem weiteren Vortrag vorgebracht.

In einem weiteren Vortrag berichtet Koedlitz, Mannheim über das Urteil des Reichsgerichts, das die Gemeinden selbst bei rechtsmäßiger Beschlagnahme von Wohnungen für schabenserpächterpflichtig erklärt.

die Gemeinden ihre Pächter-Regulation bekreiten und dem Staate zur Wahrung ihrer Rechte den Streit verlianden.

An die verschiedenen Vorträge schloß sich eine rege Diskussion an, in der eine Reihe von Einzelfällen behandelt und zwecks einheitlicher Rechtsprechung gewürdigt wurden.

Reutum-Karlsruhe erstattete hierauf noch den Jahres- u. Kassenbericht. Aus der danach stattfindenden Wahl ging Rechtsanwalt Koedlitz, Mannheim wieder als 1. Vorsitzender hervor.

Nach einem kurzen gemeinschaftlichen Mittagessen wurden die von der Mietereinigung neu errichteten Häuser besichtigt. Herr Nagel hielt dort einen ausföhrlichen Vortrag über die Art der Geldbeschaffung, die Ertragsverhältnisse, die Art der Vergütung der Wohnungen und die voraussichtlichen Mietpreise.

Auswanderung nach Argentinien

Argentinien hatte im Jahre 1925 eine Einwanderung von 124.511 Personen zu verzeichnen gegenüber einer Rückwanderung von 52.534. Es ergibt sich also ein Ueberschuß von 72.000. Dieser Ueberschuß betrug im Jahre 1924: 113.834, im Jahre 1923: 145.900.

Bei der Beratungsstelle des Deutschen Volksbundes für Argentinien sprachen im Jahre 1925: 24.560 Personen mehrmals und vergeblich wegen Arbeitsmöglichkeiten vor. Ein Beweis, wie unmöglich es ist, auch nur eine allerbestmögliche Stellung zu erhalten.

Die Zahl der Arbeitslosen in Argentinien ist ungeheuer groß; Regierung oder sonstige Behörden sind nicht in der Lage, irgendwelche Unterstützung zu gewähren.

Der Evangelische Hauptverein für Deutsch-Katholiken und Auswanderer in Wähenhausen/Werratal hat auf Grund seiner 27jährigen Tätigkeit in der Lage, in allen Auswanderungsfragen kauspärliche und zutreffende Auskunft zu erteilen.

Die Zahl der Erwerbslosen im Amtsbezirk Mannheim, soweit sie beim Arbeitsamt Mannheim, öffentlicher Arbeitsnachweis für den Amtsbezirk Mannheim, anmeldebar sind, betrug am 17. März 24.456 (18.040 männliche, 6.416 weibliche).

In der vergangenen Nacht wurde mit + 0,4 Grad C. die Frostgrenze nahezu erreicht. Heute früh zeigte das Thermometer + 1,2 Grad C. an.

Veranstaltungen

Eine liturgische Abendfeier, verbunden mit Ordination des Pfarrkandidaten Otto Kuhbaum von Mannheim, fand am Sonntag Abend in der Christuskirche statt.

Sommertagszug fanden am Sonntag auch in Waldhof und Feudenheim statt. In Waldhof hatte der Gemeinnützige Verein die Vorbereitungen in die Hand genommen.

Theaterschrift. Für das neue Theater mußte wegen Entkräftung von Alois Edmann die Vorbereitung des 'Hänschen Lüderchen' abgebrochen werden.

Gaßspiel Max Falkenberg im Apollo-Theater. Heute Dienstag findet die Eröffnung der englischen Komödie in 4 Akten 'Der Bauwau von Horale Hobbes und Wignen Percival' statt.

Aus dem Lande

Schw.ingen, 22. März. Die Befestigung am diesjährigen Sommertagszug war außerordentlich hart. Auf die Ausgestaltung des Zuges war große Mühe verwendet worden.

Heilsh, 22. März. Der diesjährige Sommertagszug ist auch gestern wieder zur vollen Zufriedenheit aller Teilnehmer und Zuschauer verlaufen.

Offersheim, 22. März. Heute morgen um 7 Uhr fand der Streifenwärtler bei seinem Dienstgange in der Nähe der Wüststation Nr. 19 der Rheintalbahn die Leiche eines Mannes auf den Schienen.

K. Heidelberg, 23. März. Reichspräsident Hindenburg hat bei dem 7. Synode der Gärtnerscheute Reinhardt in Handshausheim die Taufpatenschaft übernommen.

Langenscheidt bei Eßlingen, 20. März. Gestern hat sich der Straßenwärtler Karl Ried beim Hochwasserfischen eine Verletzung am Auge zugezogen.

Palmkästchen

Von J. Schröngamer-Heimdal

Sonntagnachmittag. Zwischen Ufermittwoch und Easterfestung. Die Stadt speit ihre Menschen aus. Auch mich.

Ich bin sogar der Erste, den sie ausspielt. Ich klicke mich so gern an das Herz der Natur.

Wie meinen Herr Kollege? Das Gymnasium gehöre der Vergangenheit an? Können Sie sich vorstellen, daß es in Zukunft noch mehr solch verrückter Subjekte geben wird?

Wo werd' ich denn? Ich hab's Pfund Emmenbaser hab' ich auch mitgenommen für den Fall des Falles.

Was, Herr Kollege? Wer, wie, wo... Hier, Herr Kollege, hier am Waldrand!

'Jetzt hör' mal auf mit dein' Lebertal. In' Lebertal kriegt ja so auf dem Kopf drauhen, wo wir nachher einkehren...'

'Ich sag's halt tausendmal: Lange Haar' und kurzer Bestand... Da pfeif' ich gleich auf den ganzen Frühling!'

'Ich sag's halt allesmal wieder: Leben und leben lassen. A jeder möcht' halt doch a bißchen schauen können...'

'Steuern müssen sein... Sind alleweil schon da, wenn du auch noch! Du o's Baummeister...'

'Wenn es Geld gäbe, äbbe es auch Arbeit... Umkehr ist's: Wenn es Arbeit äbbe, äbbe es auch Geld...'

'Nur für dich! Denn die Erde ist es doch, die Boren schafft. Und die Ware ist doch das Süßkraut für Geld...'

'Der gesunde Menschenverstand!'

'Das ist mir ganz neu! Ich habe bisher oeglaubt, das Geld wäre die conditio sine qua non der Volkswirtschaft!'

'Klein! Gerade umackert ist! Der Produktionssoona ist doch so: Rohstoff als Naturvorkommen, nicht wahr?'

'Das ist mir ganz neu! Das laot Ihnen doch der gesunde Menschenverstand...'

'Jehi du auch noch! Du o's Baummeister... Du oell, weil du den Anbau vom Finanzamt übernommen hast...'

'Der Menschenwurm wälzt sich auf der Waldstraße dahin. Ich trete aus dem Dickicht zu meiner Salweide...'

'Wie hat der Baummeister gelacht? Leben und leben lassen... Wenn, ja wenn!'

Kommunale Chronik

Stadtrat Ludwigshafen

Ludwigshafen, 22. März. Der heutige Stadtrat, Sitzung lag das Wohnungsbauprogramm der Stadt Ludwigshafen für 1926 vor. Durch den Staat sind folgende Beträge in Aussicht gestellt: Staatliche Darlehen 700 000 M., Zuschüsse des Landes zur Errichtung von Mietwohnungen für minderbemittelte linderreiche Familien 42 000 M., Zuschüsse des Landes zur Errichtung von Schwerekriegsbeschädigten 10 000 M., Zuschüsse des Reichs zur Errichtung von Schwerekriegsbeschädigten 3000 M., zusammen 757 000 M. Die Stadt selbst eröffnet einen Kredit von 858 000 M., jedoch im ganzen 1 615 000 M. dem Wohnungsbauprogramm zugeführt. 2 Wohnungen mit 4, 30 mit 5 und 9 mit 6 Räumen. Hierbei ist die Küche als besonderer Raum getrennt. Im Ganzen werden also 103 Wohnungen erstellt. Hingegen kommen noch die im Bau befindlichen Wohnungen der Gemeinnützigen K.G. für Wohnungsbauprogramm mit zusammen 118, jedoch im ganzen 281 Wohnungen dem Wohnungsbauprogramm zugeführt werden. Nach längerer eingehender Erörterung wurde das Bauprogramm gegen 3 Stimmen angenommen. Beschlüssen wurde ferner, die Pflichtfeuerwehr in eine freiwillige Feuerwehr umzuwandeln. Ferner soll eine Feuerstabsabgabe erhoben werden, die 1 Prozent der Werthförderungsbeiträge betragen soll. Die Feuerstabsabgabe erhält neue Unterstrukturformen. Sie wird nach dem Albert Wagner-Gesetz verlegt. Ebenso erhält die Pflichtfeuerwehr eine teilweise neue Ausrüstung. Weiter wurde die Errichtung einer höheren Mädchenschule neuer Ordnung am hiesigen Pagenmühlweg beschlossen. Ein Antrag Dr. Gumbach (D. Sp.) auf Freigabe der 5 und mehr Zimmerwohnungen von der Wohnungszweckbestimmung bei Todesfall oder Verzug wurde zum Beschlusse erhoben. Ein entsprechender Antrag soll beim Sozialministerium gestellt werden.

Zur Straßenbahnfrage Ludwigshafen-Oppau-Frankenthal

Oppau, 19. März. Zu dem Straßenbahnprojekt Ludwigshafen-Oppau-Frankenthal nimmt jetzt das Bürgermeisteramt Oppau in einer Besprechungs-Sitzung Stellung. In der längeren Erklärung wird zunächst die Denkschrift des Bürgermeisteramts Frankenthal kritisiert und ausgeführt, daß sich Frankenthal durch nichts gerechtfertigte Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde Oppau erlaubt. Die Gemeinde Oppau nimmt an, daß das Bestreben Frankenthals von der Absicht getrieben sei, den Industriestand Oppau einzuzugemeinern. Eine derartige Absicht bestreite auf Seiten der Stadt Ludwigshafen nicht. Die Verhältnisse auf der Distriktsstraße Oppau-Ludwigshafen haben heute derartige Formen angenommen, daß der Verkehr auf dieser Straße direkt lebensgefährlich sei. Oppau wolle weder von Frankenthal noch von Ludwigshafen eingemeindet sein. Aber wenn der elektrische Bahnanschluss von der Stadt Frankenthal unmöglich gemacht werden sollte, so lege Oppau öffentlich Verwahrung ein. Die Gemeinde Oppau hat bisher sich zurückgehalten, erklärt aber ausdrücklich, daß, wenn diese ungünstige Behandlungswiese nicht aufhöre, sie gezwungen sei, bei der Regierung in Speyer und dem Ministerium in München Beschwerde einzulegen gegen die vollkommen unrichtige Denkschrift der Stadt Frankenthal und ferner dafür einzutreten, daß der Stadt Ludwigshafen die bereits beantragte Konzessionserteilung für die Straßenbahn Ludwigshafen-Oppau baldmöglichst erteilt wird.

Stadtrat Landau

Landau, 19. März. Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Stadtrats stand die Festsetzung des Prozentfußes für die Umlagen. Für das vergangene Rechnungsjahr sind noch 350 000 M. durch Umlagen zu decken. Der voraussichtliche Steuerfuß beträgt 101 019 M. Nach langer Debatte wurde der Antrag des Finanzausschusses mit 16 gegen 8 Stimmen angenommen. Danach beträgt die Umlage für Gewerbe-, Grund- und Haussteuer 400 Prozent des Steuerfußes, wobei ausdrücklich bestimmt wird, daß nach Abschluß der ersten Hälfte Rechnungsjahres festgestellt werden muß, ob die zweite Hälfte vollständig erhoben werden soll. Die Stadträte, die Bürgermeister sowie die Mitglieder der Ausschüsse werden gegen Umfänge bei Ausübung ihres Amtes bei Annahme eines Einkommensfußes von 3000 M. auf Kosten der Stadt verpflichtet. Die Erhöhung der Pollagergebühren auf das Dreifache, gegen die ein Einspruch Landauer Kaufleute vorliegt, wird genehmigt, ebenso der Vorschlag des Finanzausschusses betr. die Hundsteuer. Die Hundsteuerordnung wird in ihrer von der Regierung vorgezeichneten neuen Form debattiert angenommen.

Friedrichshof

Friedrichshof, 20. März. Aus der hiesigen Gemeindeverwaltung ist erwähnenswert: Von dem lei die Stadtverwaltung angenommen Rosenburg wird Kenntnis genommen — Ein Eisenbahnwagen wird an die Arbeitervereine überlassen — Die Befreiung der Schulbücher wird dem Franz Anton Sauer hier von Vorgesetzten übertragen. — Die Befreiung der Säge für 1926 wird dem Schreinermeister Friedrich Henrich hier zum Angebot übergeben. — Zur Durchführung der als Hofstättensortel vorgesehenen Entwerfung wird durch die verstärkte Förderung ein Staatsdarlehen in Höhe von 17 000 Mark, vorläufig zu 6 1/2 Prozent rückzahlbar binnen 10 Jahren, aufgenommen.

Wenn du mich fragst: auf wen darf ich in Treue dau'n?
Ich sage dir: auf die die selber andern trau'n.

Sinfoniekonzert der Volksmusikpflege

Leitung: Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner

Ein Abend klassischer Musik: er begann mit dem Klavier aus der russischen Romantik, mit Schubert. Seine „Unvollendete Sinfonie“ wird ihn stets in die engste Verbindung mit der reinen Kunst bringen durch die modulatorische Kraft, die ihrer Formung innewohnt. Die innere Notwendigkeit ihres Aufbaus legt sich stets fort in das Bewußt des Scharfen und Unbedingten bei einer Wiederholung, in der das interpretierende Orchester das Werk ganz in seinen geistigen Besitz überführt hat. Das ist bei dem Nationaltheater in ganz seltener Art der Fall, und so war es ein besonderer Genuß, zu sehen, wie sich der Dirigent ganz dieser Vertrautheit mit dem offenbar gar nicht erst vorprobierten Werk unterordnete und mit einer beispiellosen Ruhe und Energieverteilung das prächtige Orchesterinstrument zum Erklingen brachte. Man spürte, wie alles durch einen überlegenen Willen zusammengehalten war.

Es folgte die „Konzertante Sinfonie“ von Mozart, ein Werk, das hier Jahrzehntlang nicht gehört wurde, wozu in keinem Sinn ein Grund vorliegt, zumal es einen tiefen und reichen Gehalt mit einer höchst interessanten musikalischen Formung verbindet. Die eigentliche Pflanzstätte der Konzertanten Sinfonie, dieser Sinfonieform mit konzertmäßig behandelten Soloinstrumenten (meist Violine und Bratsche) brauchen wir gar nicht weit zu suchen; sie war Mannheim, richtiger die Mannheimer Schule, in der sie besonders durch Karl Stamitz, der selbst Bratschenvirtuose war, gepflegt wurde. Für Mozart erlangte die Aufnahme dieser Form in seiner Instrumentalprache so interessant, weil er sich dadurch mit den weiter zurückliegenden Stilprinzipien des Concerto grosso befreundet und sie mit seinem Geist erfüllt. Er ist auch hier das geblieben, was Mozarts Instrumentalmusik von ihrer klassischen Umgebung unterscheidet: die Verknüpfung der Kantabilität. Und diese erhält eine besondere Verknüpfung in dem zweiten Satz des ersten gestellten Werkes, der das Kantabile der langsamen Partien Mozarts mit einem unendlich tiefen, weitabgehenden Ernst verbindet, dem dennoch die Annuit des Geistes und von aller Schwere befreiten Innewohnen. Wie der Dirigent diesen Teil in der ganzen Fülle seiner Inhalte, die eigenartige Introduktion, dann das Modulatorische usw., herausstellte, war von einzigartiger Eindringlichkeit. Er hatte dabei zwei Saiten gefunden, die in der Forderung ihres Einzelklangs und in der Erstheit des Zusammengehens allen Forderungen des umfangreichen Werkes entsprachen. René Hesse-Sinzheim er holte das Kantabile, den

Aus der Pfalz

Ludwigshafen, 22. März. Ein verheirateter Mann vom nächsten Stadteil hat seinen Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. — Ein 23-jähriges Dienstmädchen verließ sich durch Einweichen von Kleesatz zu vergiften; sie wurde in das Krankenhaus überführt, Lebensgefahr besteht nicht.

Ludwigshafen, 23. März. In voller Mäßigkeit kam hier am Mittwoch, den 24. März, Emil Heuser, als Pfälzer weihen bekannt, seinen 75. Geburtstag begehen. Überall wird sein „Pfalzführer“ der schon in sechster Auflage vorliegt, gern benutzt. Die mit der Geschichte der Pfalz sich befassen, kennen Heusers großes Werk „Pfälzer Land in der Vergangenheit“. Daneben ist Emil Heuser vornehmlich mit zahlreichen Publikationen über das frankenthaler Porzellan hervorgetreten. Die pfälzische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hat Heuser zu ihrem korrespondierenden Mitglied ernannt.

Dirmosens, 20. März. Gestern früh 40 Uhr hat sich in seiner Wohnung in der Kreuzgasse der 43 Jahre alte Sattlermeister Alfred Krebs erhängt. Als Grund wird jahrelanges Leiden angenommen.

Gerichtszeitung

§ Die Mordfälle Umhöfer. Wie noch erinnert war vom Schwurgericht Altschaffenburg im Dezember der Wehrer Umhöfer schuldig befunden worden, vor 22 Jahren die Telephonistin Josephine Haas aus Bamberg am Bäckergäßchen bei Altschaffenburg ermordet und derbstahl zu haben, worauf die Todesstrafe verhängt wurde. Dem Reichsgericht wurde nun die eingeleitete Revision vorgelegt, worauf der Reichsgericht Umhöfer ein Gnadenersuchen einreichte, das dem bayerischen Ministerium ausgestellt zur Entscheidung vorliegt. In der Zwischenzeit beantragte der Verteidiger das Wiederaufnahmeverfahren, da keiner Auffassung nach neue Momente zu Gunsten Umhöfers hervorgetreten sind, der nach wie vor seine Unschuld beweist.

§ Acht Jahre Zuchthaus wegen Brandstiftung. Das Schwurgericht Wehr verurteilte den 22-jährigen Landwirt Josef Christian Wänling wegen Brandstiftung und Einbruchdiebstahls zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Aushaftung.

§ Schwurgericht Altona. Unter der Anklage der Brandstiftung zur Brandstiftung und des Versicherungsbetruges standen der Maurer Karl Petersen und seine Ehefrau vor dem Altonaer Schwurgericht. Sie werden beschuldigt, ihre Versicherungsgesellschaft Altona zu verurteilen zu haben, ihr Vermögen, das am 31. August 1925 abbrannte, anzuzünden. Die Untersuchung ergab, daß die Hausfrau einen Scheiterbrand einleitet worden ist, so daß für die Police nur eine Bestrafung wegen versuchter Brandstiftung in Frage kam und ihr eine Strafe von neun Monaten Gefängnis auferlegt wurde. Das Altonaer Schwurgericht verurteilte nunmehr den Ehegatten Petersen wegen Anklage zur Brandstiftung und Versicherungsbetrug zu 2 Jahren 6 Monate, die Ehefrau zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und erkannte beiden auf die Dauer von drei Jahren die Ehrenrechte ab. — Solche Urteile dürfen ihre Wirkung auf machen, die auf Verurteilung, Anklage zur Brandstiftung und Versicherungsbetrug ausgehen, nicht verfehlen.

Sportliche Rundschau

Leichtathletik

Frühjahrs- und Waldlauf- und Waldlauf-Wettbewerbe des Tuerngau Mannheim der D.L.

Begünstigt vom schönsten Frühlingserwachen, gingen am vergangenen Sonntag im Rheinener Wald die Waldläufe des Tuerngau Mannheim vor sich, unter der Leitung der beiden Sportsportwart Grell und Schip. Start und Ziel war auf dem Spielplatz der Tuerngau-Mannheimer, der eine zahlreiche Zuschauermenge aufwies. Eine zahlreiche Beteiligung verzeichnete die einzelnen Klassen, so daß am Start gegen 100 Einzelläufer und 15 Mannschaften erschienen. Die hiesige Bouffestreife stellte an die Besucher hohe Anforderungen. Trotz des kalten Nordwindes sind die geläufigen Zeiten gut zu nennen. Auch Organisation und Durchführung der Strecke klappen vorzüglich. In anerkennenswerter Weise hat sich außerdem die freiwillige Sanitätsgesellschaft Rheinener in den Dienst der Sache gestellt. Die einzelnen Läufe brachten folgende Ergebnisse:

- Gammlershof im Einzellauf über 5 Kilometer:** 1. Schüller, T. B. Sedenheim (Gammeler) 18. Min. 54.4 Sek.; 2. Hägele, T. B. 1846 Mannheim 19 Min. 4.10 Sek.; 3. Kermes D. T. B. 1846 Mannheim 19 Min. 11.11 Sek.; 4. Berg, M. T. G. 19 Min. 14.2 Sek.; 5. Mühl, T. B. Sedenheim 19 Min. 18.18 Sek.; 6. Brauch, Badenium Studenheim 19 Min. 18.1 Sek.
- Gammlershof im Mannschafslauf über 5 Kilometer:** 1. T. B. Sedenheim, Gammeler, 14 Punkte; 2. M. T. G. 29 Punkte; 3. T. B. 1846, 2 Mannsch. 36 Punkte.
- Einzellauf für Anfänger über 5 Kilometer:** 1. Dänig, T. G. Kiefer 20 Min. 37.2 Sek.; 2. Unger, T. B. 1846 20 Min. 46.3 Sek.; 3. Hering, T. B. 1846 21 Min. 0.4 Sek.; 4. Pfeiffer, T. B. 1846 21 Min. 10 Sek.

Mannschafslauf für Anfänger über 5 Kilometer:

- 1. T. B. 1846, 17 Punkte; 2. T. B. 1846, 18 Punkte; 3. T. G. Kiefer 19 Punkte.
- Einzellauf für Jüngere über 30 Jahre über 32 Kilometer:** 1. Döring, T. B. 1846 17 Min. 48.1 Sek.; 2. Gunzer, T. B. 1846 17 Min. 46.4 Sek.
- Einzellauf für Jugend Jahrgang 08-09 über 2 Kilometer:** 1. Biegel, T. B. Sedenheim 9 Min. 33.3 Sek.; 2. Hoffmann, T. B. Sedenheim 9 Min. 36.6 Sek.; 3. Pfeiffer, T. B. Sedenheim 9 Min. 36.6 Sek.; 4. Haberöder, T. B. Sedenheim 9 Min. 40.4 Sek.; 5. Friedberg, T. B. Sedenheim 9 Min. 41.2 Sek.
- Mannschafslauf für Jugend 08-09 über 2 Kilometer:** 1. T. B. 1846 29 Punkte.
- Einzellauf für Jugend 10-11 über 2 Kilometer:** 1. Seibert, T. G. Kiefer 8 Min. 40.3 Sek.; 2. Ely, T. B. 1846 8 Min. 44.3 Sek.; 3. Haus, T. B. 1846 8 Min. 48.4 Sek.; 4. Eichel, T. B. Sedenheim 8 Min. 55.3 Sek.
- Mannschafslauf für Jugend 10-11 über 2 Kilometer:** 1. T. B. 1846 10 Punkte; 2. M. T. G. 24 Punkte.

Fußball

Die neuen Termine um die Süddeutsche Meisterschaft.
28. 3.: Mannheim-Karlsruhe; Frankfurt-S. brüden.
4. 4.: Saarbrücken-München; Fürtch-Mannheim; Karlsruhe-Frankfurt. 11. 4.: Bogen-Fürtch; Karlsruhe-Saarbrücken; Mannheim-Frankfurt. — 25. 4.: Fürtch-Saarbrücken; Mannheim-München; Frankfurt-Karlsruhe. 2. 5.: Fürtch-Karlsruhe; Frankfurt-Mannheim. 9. 5.: Saarbrücken-Frankfurt.

Wintersport

Die Osterfestspiele auf dem Feldberg. Nach den letzten ausgiebigen Schneefällen im Hochschwarzwald können die Osterfestspiele auf dem Feldberg, die am Ostermontag angelegt sind, als gelungener Erfolg angesehen werden. Die Schneehöhe im ganzen Feldberggebiet ist von 50 Zentimeter durch den Neuschnee auf 90 bis 100 Zentimeter wieder angewachsen, jedoch in jeder Lage ausreichende Schneedecke vorhanden ist. Die Sprungläufe werden dieses Jahr an der neu ausgebauten Max Eggen-Schanze beim Feldberggebiet ausgetragen, die bei den Verbandswettkämpfen Anfang Februar in der neuen Form zum ersten Mal benutzt und sich als vortrefflich erwiesen haben. Bisher fanden die Osterfestspiele an der Schanze am Waldweg statt. Die Osterfestspiele sind international und in den letzten Jahren vor allem aus der Schweiz besucht gewesen.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat März

Station	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.
St. Leonhard	1.73	1.85	1.90	1.87	1.80	1.76	1.74	1.73	1.72	1.71	1.70	1.69	1.68	1.67	1.66	1.65	1.64	1.63	1.62
Heidelberg	2.01	2.09	2.14	2.18	2.24	2.31	2.38	2.45	2.52	2.59	2.66	2.73	2.80	2.87	2.94	3.01	3.08	3.15	3.22
Mannheim	4.48	4.59	4.68	4.76	4.84	4.92	5.00	5.08	5.16	5.24	5.32	5.40	5.48	5.56	5.64	5.72	5.80	5.88	5.96
Speyer	3.43	3.51	3.59	3.67	3.75	3.83	3.91	3.99	4.07	4.15	4.23	4.31	4.39	4.47	4.55	4.63	4.71	4.79	4.87
Worms	4.55	4.64	4.72	4.80	4.88	4.96	5.04	5.12	5.20	5.28	5.36	5.44	5.52	5.60	5.68	5.76	5.84	5.92	6.00

Das erste Vierteljahr 1926

geht seinem Ende entgegen. Der erste Akt und der großen Weltbühne ist vorüber. Was nach die nächste Zeit an Ueberraschungen für das deutsche Volk in ihrem Schloße verborgen halten? Man lese die „Neue Mannheimer Zeitung“, die über alle Ereignisse des In- und Auslandes eingehend berichtet. Bei sofortiger Bestellung für den Monat April erfolgt die Lieferung bis Ende März kostenlos.

Veranstalter, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Cass. Neue Mannheimer-Verlagsgesellschaft m. b. H., Mannheim, E. 5. 2.
Direktion: Ferdinand und Oskar
Abredakteur: Kurt Müller — Verantwortliche Redakteur: Dr. Hans Müller — Redakteur: Dr. Fritz Gammeler, Kommunalpolitiker und Verleger: Richard Schindler. — Sport und Neues aus aller Welt: Fritz Müller. — Sonderhefte: Kurt Müller. — Bericht und alles Uebribe: Dr. Müller. — Anzeigen: Hof. Verlags.

Wenn der Diebling weint

werden keine Tränen nicht lösen durch Wunden verursacht. Sie haben nicht Rinder-Ruber auf die Wunden drücken, dann lassen die Schmerzen nach und Sonnenlicht erhellt das Gesicht ihres Kindes.
E. 1926

Theater und Musik

Dr. Hans Waag Intendant des Badischen Landes-theaters. Der Verwaltungsrat des Badischen Landes-theaters in Karlsruhe hat den Intendanten der Sächsischen Schauspiels in Bad.-Baden Dr. Hans Waag zum Intendanten des Badischen Landes-theaters gewählt. Die Dauer des Vertrages ist auf drei Jahre festgelegt. In Mannheim ist Dr. Waag kein Unbekannter, er hat hier während der ersten Amtszeit des Intendanten Jagmann als Dramaturg und Regisseur gewirkt.

Kunst und Wissenschaft

Das letzte Element entdeckt. Nachdem erst vor kurzem in der Reihe der 92 chemischen Grundstoffe die beiden noch fehlenden Nummern 85 und 87 von englischen Gelehrten gefunden worden waren, kommt jetzt aus den Vereinigten Staaten die Kunde, daß es dem Professor für anorganische Chemie an der Universität Wisc. Dr. S. Hopkins gelungen ist, auch das letzte noch fehlende Element zu entdecken. Diese letzte Lücke in der Elementen-Reihe ist die Reihe 81, und man wußte bereits, daß es sich dabei um eine „leichte Erde“ handeln muß. Hopkins und seine Mitarbeiter haben nun nach mehr als hundert angestrengten Versuchen, bei denen sie sich besonders konstruierter Röntgenstrahlen-Apparate bedienten, dieses Element dargestellt.

Sonntag

Von Max Jungnickel

Heller Sonntag.
Alle Gesichter leuchten, die von den grünen Werten der Blume überläßt werden. Ich geh' durch die Straßen. Meine kleine Tochter hat ihre Hand in die meine gelegt. Ich fühle sie heiß, die kleine, zarte Kinderhand. Und wie ich die Hand drücke, so singt das Herz meiner Tochter in meinem Herzen. Wo es bei dem Herzen begegnet einander und halten sich umschlungen. — In meinem Herzen werden alle Blüten nach und nach und jubeln —
Wie ein selbster Bogen trippelt sie neben mir her. —
O, wenn ich die nicht hätte!
Wie oft hat meine Seele das kleine Kindergeäst umfassen und in die Kindertränen getaucht, hinuntergefliegen auf den herzenberührenden, und meine Seele hat dort unten geklopft und geklopft und gepocht, bis alle Herzensstärken geöffnet waren.
O, meine Liebe, kleine Tochter!

